

## **Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin**

Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und  
Wirtschaftsförderung  
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin  
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin  
Telefon 90295 - 5002 / 5003  
Fax 90295 - 6515  
E-Mail [bvv.buero@ba-pankow.de](mailto:bvv.buero@ba-pankow.de)  
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Berlin, den 06.01.2026

### **Einladung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung ein.

**am Dienstag, 13.01.2026**

**um 17:15 Uhr**

**im Haus 6, Raum 227, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17**

### **Tagesordnung**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Begrüßung
- 2 Abstimmung zur Tagesordnung
- 3 Protokollkontrolle
- 4 Bericht des BA
- 5 Vorstellung Koordinatorin für die Umsetzung der Istanbul-Konvention
- 6 Arbeitsplan 2026
- 7 Überwiesene Drucksachen
  - 7.1 Beschlussfassung über Stellungnahme Weiterentwicklung des Bürger\*innenhaushalts hin zu Kiezkassen für Pankow  
Drucksache: IX-1064
  - 7.2 Potenziale der älteren Bürger\*innen in Betrieben, Organisationen und Behörden nutzen  
Drucksache: IX-1178
  - 7.3 Neues Flair & Attraktivität für die Berliner Allee  
Drucksache: IX-1222
  - 7.4 Gemeinsam für Kinder und Jugendliche – Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger\*innen  
Drucksache: IX-1304

7.5 Keine Verschlimmbesserungen im Integrationsbüro

Drucksache: IX-1310

8 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hannah-Caroline Wettig

Ausschussvorsitzende



**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

**IX-1178**

**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

21.05.2025    BVV

BVV/031/IX

**Betreff:        Potenziale der älteren Bürger\*innen in Betrieben, Organisationen und Behörden nutzen**

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, zusammen mit dem JobCenter, der Arbeitsagentur und anderen Akteuren, wie zum Beispiel Wirtschaftsverbände, zu prüfen, wie Pankower Bürgerinnen und Bürger, die nach Erreichen des Rententalters – überwiegend in Teilzeit - erwerbstätig sein möchten, unterstützt werden können, passende Beschäftigungen zu finden.

Mögliche Maßnahmen können sein:

1. Eine Vermittlungsstelle oder ein onlinebasiertes Informations- und Vermittlungsangebot
2. Der Aufbau eines Netzwerkes zur „Senior\*innenarbeit“ mit dem Ziel, einerseits Pankower Betriebe, Behörden und Einrichtungen und andererseits die älteren Mitbürger\*innen über die Bedingungen und Chancen der Erwerbsarbeit von Senior\*innen zu informieren. Eine entsprechende Ansprache der Betriebe kann zum Beispiel auf einem Wirtschaftstag zum Thema Senior\*innenarbeit erfolgen.
3. Den Ausbau des Themas „senior\*innengerechte Arbeitsbedingungen“ in der Beratungstätigkeit der Beauftragten für gute Arbeit. Damit wird das Ziel verfolgt, Arbeitgeber\*innen zu informieren, wie sie die Arbeitsplätze und -bedingungen altengerecht gestalten können, um möglichst vielen der älteren Beschäftigten die Erwerbstätigkeit bis zum Erreichen des Renteneintrittsaltes und wenn von ihnen gewünscht, auch darüber hinaus zu ermöglichen.

4. Die Entwicklung einer Strategie für die Haltearbeit des Bezirksamtes gegenüber seinen eigenen älteren Beschäftigten bis zum Erreichen des Rentenalters und darüber hinaus und zur zusätzlichen Gewinnung von Senior\*innen als (Teilzeit-)beschäftigte, die bisher nicht im Bezirksamt gearbeitet haben.

Berlin, den 13.05.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,  
Birgit Mickley, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

**siehe 2. Ausfertigung**

---

**Abstimmungsergebnis:**

\_\_\_\_\_ beschlossen  
\_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
\_\_\_\_\_ abgelehnt  
\_\_\_\_\_ zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

\_\_\_\_\_ einstimmig  
\_\_\_\_\_ mehrheitlich  
\_\_\_\_\_ Ja-Stimmen  
\_\_\_\_\_ Gegenstimmen  
\_\_\_\_\_ Enthaltungen

federführend

\_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
\_\_\_\_\_ mitberatend in den Ausschuss für  
\_\_\_\_\_ sowie in den Ausschuss für

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Begründung:**

Eine Auswertung der Daten des Nationalen Bildungspanels durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat ergeben, dass der Anteil der Menschen, die nach Erreichen des Renteneintrittsalters weiter erwerbstätig ist, steigt. Mehr als zwei Drittel der ehemals Selbstständigen und etwa ein Drittel der ehemals abhängig Beschäftigten arbeitet innerhalb der ersten 10 Jahre nach dem Eintritt in die Rente, die meisten in Teilzeit oder in Mini-Jobs. Ein Teil der Rentner\*innen tut dies aus finanziellen Gründen. Aber 90 Prozent der arbeitenden Rentner\*innen hat in früheren Umfragen als Motiv für die Erwerbstätigkeit auch angegeben, dass sie Spaß an der Arbeit hätten, Kontakte zu anderen Menschen bräuchten und sich eine Aufgabe wünschten. Frühere Untersuchungen haben auch ergeben, dass ein nicht unerheblicher Teil der nicht erwerbstätigen Rentner\*innen (13 % der Frauen und 20 % der Männer) auch gerne noch arbeiten würden.

Das sind vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem damit verbundenen Arbeitskräftemangel, der sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen dürfte, gute Nachrichten. Allerdings gibt es bisher in Berlin – wie in fast allen anderen Kommunen – keine lokalen Vermittlungsstellen für Rentner\*innen und Pensionär\*innen. Deshalb wird das Bezirksamt ersucht, gemeinsam mit anderen Akteuren, insbesondere dem Job-Center und/oder der Arbeitsagentur zu prüfen, wie man die arbeitssuchenden Rentner\*innen und die Arbeitskräfte suchenden Betriebe in Pankow zusammenbringen kann. Anregungen dafür geben möglicherweise bereits vorhandene Vermittlungsangebote wie z.B. das Netzwerk „Beruf: Rente – Seniorenjobs in Mainz-Bingen“. Dieses umfasst eine online basierte Jobbörse für Angebote und Gesuche zu Seniorenjobs mit einem entsprechenden – ebenfalls onlinebasierten Informationsangebot und eine Netzwerkarbeit, die insbesondere darauf zielt, Betriebe und Rentner\*innen über die Bedingungen und Chancen der Erwerbsarbeit von Rentner\*innen und Pensionär\*innen zu informieren. Auch die Volkshochschule ist einbezogen, die Kurse zur Qualifizierung von Senior\*innen in bestimmten Bereichen, z.B. im Pflegebereich, anbietet.

Auch die Erwerbsquote der über 60-Jährigen vor der Rente ist kontinuierlich gestiegen. Allerdings scheiden noch immer ältere Beschäftigte frühzeitig aus dem Arbeitsleben aus, u.a. auch weil die Arbeitsbedingungen gesundheitlich zu belastend sind und/oder weil es für ältere Arbeitnehmer\*innen immer noch schwierig ist, nach dem Arbeitsplatzverlust eine neue Beschäftigung zu finden.

Die Erwerbsbeteiligung der Senior\*innen kann weiter gesteigert werden, wenn die Unternehmen, Verwaltungen und Organisationen sich besser auf die älteren Arbeitnehmer\*innen einstellen. Dafür sind altersgerechte Arbeitsbedingungen, z.B. bei der Arbeitsorganisation, den Arbeitszeit-Modellen und der Arbeitsplatzgestaltung, Maßnahmen zur Gesundheitsprävention, Weiterbildung, aber auch eine größere Wertschätzung der älteren Beschäftigten von Bedeutung. Auch können Arbeitgeber ihren Beschäftigten Angebote machen, ihre Tätigkeit in anderer Zuständigkeit fortzusetzen, z.B. wenn der bisherige Arbeitsplatz zu belastend wird. Die Beauftragte für Gute Arbeit berät bereits Pankower Betriebe zu guten und gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen. Sie sollte

gebeten werden, den Aspekt „altengerechte Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Voraussetzungen für das Halten der älteren Arbeitnehmer\*innen“ in ihren Beratungen auszubauen und noch stärker zu betonen. Auch sollte sie eine zentrale Funktion in der Netzwerkarbeit für die Beschäftigung von Senior\*innen einnehmen.

Das Bezirksamt berichtet immer wieder von Problemen, für freie Stellen geeignete Bewerber\*innen zu finden. Offenbar bleiben Stellen deshalb auch öfter über längere Zeiten unbesetzt. Deshalb ist es naheliegend, dass das Bezirksamt auch Maßnahmen zur Haltearbeit von älteren Mitarbeiter\*innen entwickelt und prüft, welche Tätigkeiten an (teilzeitbeschäftigte) Rentner\*innen und Pensionär\*innen übertragen werden können und ggf. eine Strategie zur Gewinnung von Rentner\*innen und Pensionär\*innen entwickelt und umsetzt. Dabei sollte es Erfahrungen anderer Betriebe wie z.B. der BVG berücksichtigen.



**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Gruppe der FDP

Beratungsfolge:

21.05.2025 BVV

BVV/031/IX

**Betreff: Potenziale der älteren Bürger\*innen in Betrieben, Organisationen und Behörden nutzen**

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, zusammen mit dem JobCenter, der Arbeitsagentur und anderen Akteuren, wie zum Beispiel Wirtschaftsverbände, zu prüfen, wie Pankower Bürgerinnen und Bürger, die nach Erreichen des Rentalters – überwiegend in Teilzeit - erwerbstätig sein möchten, unterstützt werden können, passende Beschäftigungen zu finden.

Mögliche Maßnahmen können sein:

1. Eine Vermittlungsstelle oder ein onlinebasiertes Informations- und Vermittlungsangebot
2. Der Aufbau eines Netzwerkes zur „Senior\*innenarbeit“ mit dem Ziel, einerseits Pankower Betriebe, Behörden und Einrichtungen und andererseits die älteren Mitbürger\*innen über die Bedingungen und Chancen der Erwerbsarbeit von Senior\*innen zu informieren. Eine entsprechende Ansprache der Betriebe kann zum Beispiel auf einem Wirtschaftstag zum Thema Senior\*innenarbeit erfolgen.
3. Den Ausbau des Themas „senior\*innengerechte Arbeitsbedingungen“ in der Beratungstätigkeit der Beauftragten für gute Arbeit. Damit wird das Ziel verfolgt, Arbeitgeber\*innen zu informieren, wie sie die Arbeitsplätze und -bedingungen altengerecht gestalten können, um möglichst vielen der älteren Beschäftigten die Erwerbstätigkeit bis zum Erreichen des Renteneintrittsaltes und wenn von ihnen gewünscht, auch darüber hinaus zu ermöglichen.

4. Die Entwicklung einer Strategie für die Haltearbeit des Bezirksamtes gegenüber seinen eigenen älteren Beschäftigten bis zum Erreichen des Rentenalters und darüber hinaus und zur zusätzlichen Gewinnung von Senior\*innen als (Teilzeit-) beschäftigte, die bisher nicht im Bezirksamt gearbeitet haben.

Berlin, den 22.05.2025

Einreicher: Fraktion der SPD, Gruppe der FDP  
 Fraktion der SPD: gez. Birgit Mickley, Roland Schröder  
 Gruppe der FDP: gez. Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

#### Abstimmungsergebnis:

☐ beschlossen  
☐ beschlossen mit Änderung  
☐ abgelehnt  
☐ zurückgezogen

#### Abstimmungsverhalten:

☒ einstimmig  
☐ mehrheitlich  
**48** Ja-Stimmen  
**0** Gegenstimmen  
**0** Enthaltungen

☒ überwiesen in den Ausschuss für  
 mitberatend in den Ausschuss für  
 sowie in den Ausschuss für

Soziales, Senior\*innen und Gesundheit  
 Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

federführend



**Begründung:**

Eine Auswertung der Daten des Nationalen Bildungspanels durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat ergeben, dass der Anteil der Menschen, die nach Erreichen des Renteneintrittsalters weiter erwerbstätig ist, steigt. Mehr als zwei Drittel der ehemals Selbstständigen und etwa ein Drittel der ehemals abhängig Beschäftigten arbeitet innerhalb der ersten 10 Jahre nach dem Eintritt in die Rente, die meisten in Teilzeit oder in Mini-Jobs. Ein Teil der Rentner\*innen tut dies aus finanziellen Gründen. Aber 90 Prozent der arbeitenden Rentner\*innen hat in früheren Umfragen als Motiv für die Erwerbstätigkeit auch angegeben, dass sie Spaß an der Arbeit hätten, Kontakte zu anderen Menschen bräuchten und sich eine Aufgabe wünschten. Frühere Untersuchungen haben auch ergeben, dass ein nicht unerheblicher Teil der nicht erwerbstätigen Rentner\*innen (13 % der Frauen und 20 % der Männer) auch gerne noch arbeiten würden.

Das sind vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem damit verbundenen Arbeitskräftemangel, der sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen dürfte, gute Nachrichten. Allerdings gibt es bisher in Berlin – wie in fast allen anderen Kommunen – keine lokalen Vermittlungsstellen für Rentner\*innen und Pensionär\*innen. Deshalb wird das Bezirksamt ersucht, gemeinsam mit anderen Akteuren, insbesondere dem Job-Center und/oder der Arbeitsagentur zu prüfen, wie man die arbeitssuchenden Rentner\*innen und die Arbeitskräfte suchenden Betriebe in Pankow zusammenbringen kann. Anregungen dafür geben möglicherweise bereits vorhandene Vermittlungsangebote wie z.B. das Netzwerk „Beruf: Rente – Seniorenjobs in Mainz-Bingen“. Dieses umfasst eine online basierte Jobbörse für Angebote und Gesuche zu Seniorenjobs mit einem entsprechenden – ebenfalls onlinebasierten Informationsangebot und eine Netzwerkarbeit, die insbesondere darauf zielt, Betriebe und Rentner\*innen über die Bedingungen und Chancen der Erwerbsarbeit von Rentner\*innen und Pensionär\*innen zu informieren. Auch die Volkshochschule ist einbezogen, die Kurse zur Qualifizierung von Senior\*innen in bestimmten Bereichen, z.B. im Pflegebereich, anbietet.

Auch die Erwerbsquote der über 60-Jährigen vor der Rente ist kontinuierlich gestiegen. Allerdings scheiden noch immer ältere Beschäftigte frühzeitig aus dem Arbeitsleben aus, u.a. auch weil die Arbeitsbedingungen gesundheitlich zu belastend sind und/oder weil es für ältere Arbeitnehmer\*innen immer noch schwierig ist, nach dem Arbeitsplatzverlust eine neue Beschäftigung zu finden.

Die Erwerbsbeteiligung der Senior\*innen kann weiter gesteigert werden, wenn die Unternehmen, Verwaltungen und Organisationen sich besser auf die älteren Arbeitnehmer\*innen einstellen. Dafür sind altersgerechte Arbeitsbedingungen, z.B. bei der Arbeitsorganisation, den Arbeitszeit-Modellen und der Arbeitsplatzgestaltung, Maßnahmen zur Gesundheitsprävention, Weiterbildung, aber auch eine größere Wertschätzung der älteren Beschäftigten von Bedeutung. Auch können Arbeitgeber ihren Beschäftigten Angebote machen, ihre Tätigkeit in anderer Zuständigkeit fortzusetzen, z.B. wenn der bisherige Arbeitsplatz zu belastend wird. Die Beauftragte für Gute Arbeit berät bereits Pankower Betriebe zu guten und gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen. Sie sollte

gebeten werden, den Aspekt „altengerechte Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Voraussetzungen für das Halten der älteren Arbeitnehmer\*innen“ in ihren Beratungen auszubauen und noch stärker zu betonen. Auch sollte sie eine zentrale Funktion in der Netzwerkarbeit für die Beschäftigung von Senior\*innen einnehmen.

Das Bezirksamt berichtet immer wieder von Problemen, für freie Stellen geeignete Bewerber\*innen zu finden. Offenbar bleiben Stellen deshalb auch öfter über längere Zeiten unbesetzt. Deshalb ist es naheliegend, dass das Bezirksamt auch Maßnahmen zur Haltearbeit von älteren Mitarbeiter\*innen entwickelt und prüft, welche Tätigkeiten an (teilzeitbeschäftigte) Rentner\*innen und Pensionär\*innen übertragen werden können und ggf. eine Strategie zur Gewinnung von Rentner\*innen und Pensionär\*innen entwickelt und umsetzt. Dabei sollte es Erfahrungen anderer Betriebe wie z.B. der BVG berücksichtigen.



**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

**IX-1222****Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

**Betreff: Neues Flair & Attraktivität für die Berliner Allee****Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht,

für die Berliner Allee in Weißensee, im Bereich zwischen Lehderstr./Gürtelstr. und Lindenallee ein Geschäftsstraßenmanagement (GSM) zu etablieren. Die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. sind als engagierte Fachöffentlichkeit in den Prozess mit einzubinden.

Mit dem GSM sollen folgende Zielsetzungen erreicht werden:

- Aktivierung, Vernetzung und Unterstützung lokaler Akteure
- Aufbau und Institutionalisierung der lokalen Standortgemeinschaft
- Förderung eines ausgewogenen Nutzungs- und Branchenmixes
- Gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Belebung, Profilierung und Imageverbesserung
- Aufbau eines aktiven Leerstandmanagements
- Kommunikation von Baumaßnahmen bei den Gewerbetreibenden

Darüber hinaus soll das GSM ein Handlungskonzept mit Maßnahmen für die Aufwertung der öffentlichen Räume mit mehr Aufenthaltsqualität, innovativer Grünausstattung und zur intelligenten Steuerung des Lieferverkehrs erarbeiten.

Dem Bezirksamt wird zudem empfohlen:

- mit Nachdruck von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU), die vom Berliner Abgeordnetenhaus mit den Richtlinien der Regierungspolitik 2023-26 verbindlich beschlossene Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für die Sanierung und Umgestaltung der Berliner Allee einzufordern,
- im Rat der Bürgermeister gegenüber dem Senat von Berlin eine Bundesratsinitiative für die Einführung eines Gewerbemietpreisspiegels und die Verbesserung eines angemessenen Kündigungsschutzes anzuregen.

Berlin, den 24.06.2025

Einreicher: Fraktion der SPD,  
Mike Szida, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

**siehe 2. Ausfertigung**

#### Abstimmungsergebnis:

\_\_\_\_\_ beschlossen  
\_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
\_\_\_\_\_ abgelehnt  
\_\_\_\_\_ zurückgezogen

#### Abstimmungsverhalten:

\_\_\_\_\_ einstimmig  
\_\_\_\_\_ mehrheitlich  
\_\_\_\_\_ Ja-Stimmen  
\_\_\_\_\_ Gegenstimmen  
\_\_\_\_\_ Enthaltungen

federführend

\_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
\_\_\_\_\_ mitberatend in den Ausschuss für  
\_\_\_\_\_ sowie in den Ausschuss für

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Begründung:**

Die Berliner Allee ist eine traditionelle Geschäftsstraße die durch eine hervorragende stadträumliche Lage sowie eine sehr gute Nahversorgung gekennzeichnet ist, aber in den zurückliegenden Jahren einen spürbaren Funktions- und Imageverlust erlitten hat. Auch wenn der Einzelhandel, nicht zuletzt durch die Zunahme des Onlinehandels, im Umbruch ist, sind Einkaufsstraßen und -zentren wie die Berliner Allee weiterhin nicht nur für die Versorgung vor Ort wichtig, sie haben auch eine bedeutende Funktion für Begegnungen und den sozialen Austausch in den jeweiligen Kiezen. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll daher die Berliner Allee ihren funktionalen und identitätsstiftenden Kern des Ortsteils Weißensee wieder zurückgewinnen.

Mithilfe des GSM soll gemeinsam mit den lokalen Akteuren vor Ort die Berliner Allee wieder zu einem attraktiven Zentrum entwickelt werden, indem der Einzelhandel qualifiziert und gestärkt, die Angebotsvielfalt erweitert und die Netzwerkstrukturen der Akteure gefördert werden. Große Bedeutung kommt hierbei der Wiederbelebung der früheren Initiative IG Weißensee und einer detaillierten Evaluation zu Rahmenbedingungen und Verbesserungsbedarfe bei den Gewerbetreibenden zu. Hierbei können die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. wertvolle Unterstützungsarbeit leisten. Als weitere Anker-Akteure neben den Gewerbetreibenden sollten der Betreiber des Marktes am Antonplatz sowie das Bildungs- und Kulturzentrum Peter Edel mit eingebunden werden.

Ein weiterer, wichtiger Aspekt sind die Beeinträchtigungen durch den motorisierten Verkehr beziehungsweise die gesamte Verkehrsinfrastruktur der Berliner Allee. Dieser seit Jahren bekannte Missstand muss jetzt nach Jahren des Nichthandelns nunmehr endlich mit einer entsprechenden Machbarkeitsstudie und den hieraus abzuleitenden Maßnahmen angegangen werden. Der Querschnitt der Berliner Allee bietet durchaus ein räumliches Gerüst, dass es trotz der bestehenden Schadstoff- und Lärmemissionen erlaubt, sowohl die Verkehrsmengen einer Zubringerstraße zu bewältigen und gleichzeitig Raum für den ÖPNV, sichere Radverkehrsanlagen sowie Aufenthaltsqualitäten für Fußgänger zu schaffen.

Um die Berliner Allee als identitätsstiftenden Aufenthaltsbereich und Treffpunkt für den wachsenden Ortsteil Weißensee wieder zu etablieren, muss sie städtebaulich und stadtgestalterisch aufgewertet werden. Die Berliner Allee als lineare Zentrum entlang der Verkehrsachse soll hierbei durch eine entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raumes besser lesbar sein und attraktive Aufenthaltsbereiche bieten. Insbesondere der Antonplatz ist hierfür mit Begrünung, Straßenmöblierung, Sondernutzungen, Kunst und Beleuchtung aufzuwerten.



**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Gruppe der FDP

Beratungsfolge:

02.07.2025 BVV

BVV/032/IX

**Betreff: Neues Flair & Attraktivität für die Berliner Allee****Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht,

für die Berliner Allee in Weißensee, im Bereich zwischen Lehderstr./Gürtelstr. und Lindenallee ein Geschäftsstraßenmanagement (GSM) zu etablieren. Die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. sind als engagierte Fachöffentlichkeit in den Prozess mit einzubinden.

Mit dem GSM sollen folgende Zielsetzungen erreicht werden:

- Aktivierung, Vernetzung und Unterstützung lokaler Akteure
- Aufbau und Institutionalisierung der lokalen Standortgemeinschaft
- Förderung eines ausgewogenen Nutzungs- und Branchenmixes
- Gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Belebung, Profilierung und Imageverbesserung
- Aufbau eines aktiven Leerstandmanagements
- Kommunikation von Baumaßnahmen bei den Gewerbetreibenden

Darüber hinaus soll das GSM ein Handlungskonzept mit Maßnahmen für die Aufwertung der öffentlichen Räume mit mehr Aufenthaltsqualität, innovativer Grünausstattung und zur intelligenten Steuerung des Lieferverkehrs erarbeiten.

Dem Bezirksamt wird zudem empfohlen:

- mit Nachdruck von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU), die vom Berliner Abgeordnetenhaus mit den Richtlinien der Regierungspolitik 2023-26 verbindlich beschlossene Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für die Sanierung und Umgestaltung der Berliner Allee einzufordern,
- im Rat der Bürgermeister gegenüber dem Senat von Berlin eine Bundesratsinitiative für die Einführung eines Gewerbemietpreisspiegels und die Verbesserung eines angemessenen Kündigungsschutzes anzuregen.

Berlin, den 24.06.2025

Einreicher: Fraktion der SPD, Gruppe der FDP  
Fraktion der SPD: Mike Szidat, Roland Schröder  
Gruppe der FDP: Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

#### Abstimmungsergebnis:

☒ beschlossen  
☐ beschlossen mit Änderung  
☐ abgelehnt  
☐ zurückgezogen

#### Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
<b>48</b>	Ja-Stimmen
<b>0</b>	Gegenstimmen
<b>0</b>	Enthaltungen

☒ überwiesen in den Ausschuss für  
mitberatend in den Ausschuss für  
sowie in den Ausschuss für

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen  
Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

federführend

**Begründung:**

Die Berliner Allee ist eine traditionelle Geschäftsstraße die durch eine hervorragende stadträumliche Lage sowie eine sehr gute Nahversorgung gekennzeichnet ist, aber in den zurückliegenden Jahren einen spürbaren Funktions- und Imageverlust erlitten hat. Auch wenn der Einzelhandel, nicht zuletzt durch die Zunahme des Onlinehandels, im Umbruch ist, sind Einkaufsstraßen und -zentren wie die Berliner Allee weiterhin nicht nur für die Versorgung vor Ort wichtig, sie haben auch eine bedeutende Funktion für Begegnungen und den sozialen Austausch in den jeweiligen Kiezen. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll daher die Berliner Allee ihren funktionalen und identitätsstiftenden Kern des Ortsteils Weißensee wieder zurückgewinnen.

Mithilfe des GSM soll gemeinsam mit den lokalen Akteuren vor Ort die Berliner Allee wieder zu einem attraktiven Zentrum entwickelt werden, indem der Einzelhandel qualifiziert und gestärkt, die Angebotsvielfalt erweitert und die Netzwerkstrukturen der Akteure gefördert werden. Große Bedeutung kommt hierbei der Wiederbelebung der früheren Initiative IG Weißensee und einer detaillierten Evaluation zu Rahmenbedingungen und Verbesserungsbedarfe bei den Gewerbetreibenden zu. Hierbei können die IHK Berlin und der Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. wertvolle Unterstützungsarbeit leisten. Als weitere Anker-Akteure neben den Gewerbetreibenden sollten der Betreiber des Marktes am Antonplatz sowie das Bildungs- und Kulturzentrum Peter Edel mit eingebunden werden.

Ein weiterer, wichtiger Aspekt sind die Beeinträchtigungen durch den motorisierten Verkehr beziehungsweise die gesamte Verkehrsinfrastruktur der Berliner Allee. Dieser seit Jahren bekannte Missstand muss jetzt nach Jahren des Nichthandelns nunmehr endlich mit einer entsprechenden Machbarkeitsstudie und den hieraus abzuleitenden Maßnahmen angegangen werden. Der Querschnitt der Berliner Allee bietet durchaus ein räumliches Gerüst, dass es trotz der bestehenden Schadstoff- und Lärmemissionen erlaubt, sowohl die Verkehrsmengen einer Zubringerstraße zu bewältigen und gleichzeitig Raum für den ÖPNV, sichere Radverkehrsanlagen sowie Aufenthaltsqualitäten für Fußgänger zu schaffen.

Um die Berliner Allee als identitätsstiftenden Aufenthaltsbereich und Treffpunkt für den wachsenden Ortsteil Weißensee wieder zu etablieren, muss sie städtebaulich und stadtgestalterisch aufgewertet werden. Die Berliner Allee als lineare Zentrum entlang der Verkehrsachse soll hierbei durch eine entsprechende Gestaltung des öffentlichen Raumes besser lesbar sein und attraktive Aufenthaltsbereiche bieten. Insbesondere der Antonplatz ist hierfür mit Begrünung, Straßenmöblierung, Sondernutzungen, Kunst und Beleuchtung aufzuwerten.





**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

**IX-1304****Antrag**

Linksfraktion

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

**Betreff:       Gemeinsam für Kinder und Jugendliche – Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger\*innen**

**Die BVV möge beschließen:**

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow beschließt, einmal jährlich eine außerordentliche Sitzung zu kinder- und jugendpolitischen Themen durchzuführen.

Das Bezirksamt soll in dessen Bericht zur Sitzung insbesondere auf die Umsetzung des Aktionsplanes der Kinderfreundlichen Kommune eingehen. Nach Abschluss der Umsetzung des Aktionsplanes, soll das Bezirksamt darlegen, wie die Umsetzungen erhalten und gestärkt werden und welche weiteren geschäfts- und fachbereichsübergreifenden Maßnahmen erarbeitet werden, um die Pankower Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in ihren Rechten zu stärken und gezielt zu unterstützen. Im Weiteren sind auch die Berliner Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt und sich daraus ergebene Umsetzungen und Maßnahmen darzulegen und voranzutreiben.

Die Fachausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung, sollen analog mindestens einmal jährlich im Rahmen ihrer ordentlichen Sitzungen zu den Umsetzungen der Kinderfreundlichen Kommune und weiteren Vorhaben, die ihre Themengebiete mit einschließen, beraten und sich ebenfalls daran beteiligen fachübergreifende Maßnahmen für die jüngsten Mitbürger\*innen zu realisieren.

Die Fraktionen sind im Rahmen der geforderten Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung mit Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpolitik angehalten themenspezifische Anträge einzubringen, die die Umsetzung der Kinderrechte in Pankow vorantreiben: das Recht auf Gleichheit, Fürsorge und Förderung, Bildung und Meinungsbildung, Teilhabe und Beteiligung, Gesundheitsversorgung, gewaltfreies Aufwachsen, besonderen Schutz und Hilfe sowie das Recht auf Spiel und Freizeit.

Kindern und Jugendlichen soll im Rahmen der Sitzung die Möglichkeit gegeben werden, Fragen zu stellen und sich an den Debatten zu beteiligen.

Berlin, den 02.12.2025

Einreicher: Linksfraktion,  
BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

## siehe 2. Ausfertigung

### Abstimmungsergebnis:

\_\_\_\_\_ beschlossen  
\_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
\_\_\_\_\_ abgelehnt  
\_\_\_\_\_ zurückgezogen

### Abstimmungsverhalten:

\_\_\_\_\_ einstimmig  
\_\_\_\_\_ mehrheitlich  
\_\_\_\_\_ Ja-Stimmen  
\_\_\_\_\_ Gegenstimmen  
\_\_\_\_\_ Enthaltungen

federführend

\_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
\_\_\_\_\_ mitberatend in den Ausschuss für  
\_\_\_\_\_ sowie in den Ausschuss für

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Begründung:**

2019 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung, das Pankow sich auf die Auszeichnung als „Kinderfreundliche Kommune“ der Vereinten Nationen bewerben solle. Der Bezirk machte sich dann zwischen 2020 und 2023 auf den Weg und erarbeitete in einem umfangreichen Erarbeitungs- und Beteiligungsverfahren einen Aktionsplan. 2024 wurde Pankow dann endlich das UN-Siegel der Kinderfreundlichen Kommune verliehen. Diesen Aktionsplan gilt es bis 2027 umzusetzen. Die umgesetzten Maßnahmen sollen jedoch langfristig und somit auch über 2027 wirken, um aus Pankow einen grundlegend kinderfreundlichen Bezirk zu machen. Im Zentrum steht die Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit 2010 uneingeschränkt gelten. Die Umsetzung des Aktionsplanes erfordert ein geschäfts- und fachbereichsübergreifendes Agieren, wie bspw. bei der sozialräumlichen Öffnung von Schulen oder der Etablierung von Jugendorten.

Doch auch abseits der kinderfreundlichen Kommune gibt es Vorhaben und vor allem gesetzliche Vorgaben, die nur geschäfts- und fachbereichsübergreifend erfüllt werden können. Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen wäre ohne Meldekettens und Kooperationen mit Schulen kaum möglich. Die Hilfeplanung benötigt ebenfalls das Zusammenwirken von Akteur\*innen aus den unterschiedlichen Fachämtern des Bezirksamtes, Bildungseinrichtungen sowie Sozial- und Jugendhilfeträgern – insbesondere im Übergang in die berufliche Bildung und ins Erwachsenenalter. Die Frühen Hilfen Pankow arbeiten wiederum eng mit dem Gesundheitsamt zusammen und beteiligen sich auch an Kooperationen mit externer medizinischer Expertise, wie der Schreibabyambulanz der Charité. In der Eingliederungshilfe ist insbesondere die Schnittstelle zwischen Jugend und Schule sowie in die Erwachsenenhilfe mit verbindlichen Absprachen auszugestalten, um Zuständigkeitsklärungen zu minimieren und einen nahtlosen Übergang der Hilfen zu gewährleisten. Das Thema Barrierefreiheit ist hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Dimensionen bzgl. baulicher und räumlicher, digitaler und kommunikativ-sprachlicher Barrierefreiheit als übergreifende Gesamtaufgabe breit und für alle Altersgruppen zu bearbeiten – das gilt auch für die Verkehrsberuhigung sowie die Schaffung, den Erhalt und die Nutzung von Grünflächen und Naherholungsgebieten im Bezirk.

Um diesem rechtskreisübergreifenden und interdisziplinären Ansatz gerecht zu werden, braucht es eine genauso aufeinander bezogene politische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung. Dies ist aber regelmäßig nicht der Fall. In der Praxis wird die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune und die Ausgestaltung der dazugehörigen Schnittstellenarbeit mehrheitlich im Rahmen der Jugendhilfe verstanden. Dabei legt auch die 1999 erarbeitete Berliner Leitlinie für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt fest, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen zu berücksichtigen sind; dass der besondere Schutz des Kindeswohls und die Förderung von Kindern und Jugendlichen leitendes Prinzip für jegliches Verwaltungshandeln ist.

Obwohl die BVV selbst beschlossen hat, Pankow zu einer Kinderfreundlichen Kommune zu machen, befasst sie sich selbst zu wenig mit den dazugehörigen Herausforderungen und

Möglichkeiten. Letztlich wurden für die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune weder personell noch finanziell ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Realisierung wesentlicher Ziele der Kinderfreundlichen Kommune ist dadurch stark gehindert bis gefährdet. Insbesondere aber in Zeiten der Politikverdrossenheit, muss der heranwachsenden Generation mit klaren Ergebnissen gespiegelt werden, dass ihr Recht auf Beteiligung nicht nur ein Recht auf ein einfaches Gehörtwerden ist, sondern ein Recht auf Selbstverwirklichung und Selbstermächtigung, das die Politik ernst nimmt, für das die Politik die Rahmenbedingungen setzt und dann auch entsprechende Ergebnisse produziert. Die Beschlussfassung zur Kinderfreundlichen Kommune 2019 war somit nicht das Ende der politischen Arbeit und Verantwortung der BVV bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Pankow, sondern ihr Anfang und vor allem eine Selbstverpflichtung.



**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

**Antrag**

Linksfraktion

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen: Bündnis90/ Die Grünen

Beratungsfolge:

10.12.2025 BVV

BVV/035/IX

**Betreff:       Gemeinsam für Kinder und Jugendliche – Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger\*innen**

**Die BVV möge beschließen:**

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow beschließt, einmal jährlich eine außerordentliche Sitzung zu kinder- und jugendpolitischen Themen durchzuführen.

Das Bezirksamt soll in dessen Bericht zur Sitzung insbesondere auf die Umsetzung des Aktionsplanes der Kinderfreundlichen Kommune eingehen. Nach Abschluss der Umsetzung des Aktionsplanes, soll das Bezirksamt darlegen, wie die Umsetzungen erhalten und gestärkt werden und welche weiteren geschäfts- und fachbereichsübergreifenden Maßnahmen erarbeitet werden, um die Pankower Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in ihren Rechten zu stärken und gezielt zu unterstützen. Im Weiteren sind auch die Berliner Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt und sich daraus ergebene Umsetzungen und Maßnahmen darzulegen und voranzutreiben.

Die Fachausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung, sollen analog mindestens einmal jährlich im Rahmen ihrer ordentlichen Sitzungen zu den Umsetzungen der Kinderfreundlichen Kommune und weiteren Vorhaben, die ihre Themengebiete mit einschließen, beraten und sich ebenfalls daran beteiligen fachübergreifende Maßnahmen für die jüngsten Mitbürger\*innen zu realisieren.

Die Fraktionen sind im Rahmen der geforderten Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung mit Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendpolitik angehalten themenspezifische Anträge einzubringen, die die Umsetzung der Kinderrechte in Pankow vorantreiben: das Recht auf Gleichheit, Fürsorge und Förderung, Bildung und Meinungsbildung, Teilhabe und Beteiligung, Gesundheitsversorgung, gewaltfreies Aufwachsen, besonderen Schutz und Hilfe sowie das Recht auf Spiel und Freizeit.

Kindern und Jugendlichen soll im Rahmen der Sitzung die Möglichkeit gegeben werden, Fragen zu stellen und sich an den Debatten zu beteiligen.

Berlin, den 11.12.2025

Einreicher: Linksfraktion, Bündnis90/ Die Grünen  
 Linksfraktion: BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer  
 Fraktion Bündnis90/ Die Grünen: Almuth Tharan, Paul Schlüter

Begründung siehe Rückseite

#### Abstimmungsergebnis:

\_\_\_\_\_ beschlossen  
 \_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
 \_\_\_\_\_ abgelehnt  
 \_\_\_\_\_ zurückgezogen

#### Abstimmungsverhalten:

<b>x</b>	einstimmig
	mehrheitlich
<b>47</b>	Ja-Stimmen
<b>0</b>	Gegenstimmen
<b>0</b>	Enthaltungen

**x** \_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
 mitberatend in den Ausschuss für  
 sowie in die Ausschüsse für

federführend

Finanzen, Personal, Immobilien und Verwaltungsmodernisierung  
 Bürgerdienste und Geschäftsordnung  
 Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung  
 Kinder- und Jugendhilfe  
 Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur  
 Mobilität und öffentliche Ordnung  
 Schule und Sport  
 Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen  
 Soziales, Senior\*innen und Gesundheit  
 Weiterbildung, Kultur und Städtepartnerschaften  
 Partizipation und Integration

**Begründung:**

2019 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung, das Pankow sich auf die Auszeichnung als „Kinderfreundliche Kommune“ der Vereinten Nationen bewerben solle. Der Bezirk machte sich dann zwischen 2020 und 2023 auf den Weg und erarbeitete in einem umfangreichen Erarbeitungs- und Beteiligungsverfahren einen Aktionsplan. 2024 wurde Pankow dann endlich das UN-Siegel der Kinderfreundlichen Kommune verliehen. Diesen Aktionsplan gilt es bis 2027 umzusetzen. Die umgesetzten Maßnahmen sollen jedoch langfristig und somit auch über 2027 wirken, um aus Pankow einen grundlegend kinderfreundlichen Bezirk zu machen. Im Zentrum steht die Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit 2010 uneingeschränkt gelten. Die Umsetzung des Aktionsplanes erfordert ein geschäfts- und fachbereichsübergreifendes Agieren, wie bspw. bei der sozialräumlichen Öffnung von Schulen oder der Etablierung von Jugendorten.

Doch auch abseits der kinderfreundlichen Kommune gibt es Vorhaben und vor allem gesetzliche Vorgaben, die nur geschäfts- und fachbereichsübergreifend erfüllt werden können. Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdungen wäre ohne Meldekettten und Kooperationen mit Schulen kaum möglich. Die Hilfeplanung benötigt ebenfalls das Zusammenwirken von Akteur\*innen aus den unterschiedlichen Fachämtern des Bezirksamtes, Bildungseinrichtungen sowie Sozial- und Jugendhilfeträgern – insbesondere im Übergang in die berufliche Bildung und ins Erwachsenenalter. Die Frühen Hilfen Pankow arbeiten wiederum eng mit dem Gesundheitsamt zusammen und beteiligen sich auch an Kooperationen mit externer medizinischer Expertise, wie der Schreibabyambulanz der Charité. In der Eingliederungshilfe ist insbesondere die Schnittstelle zwischen Jugend und Schule sowie in die Erwachsenenhilfe mit verbindlichen Absprachen auszugestalten, um Zuständigkeitsklärungen zu minimieren und einen nahtlosen Übergang der Hilfen zu gewährleisten. Das Thema Barrierefreiheit ist hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Dimensionen bzgl. baulicher und räumlicher, digitaler und kommunikativ-sprachlicher Barrierefreiheit als übergreifende Gesamtaufgabe breit und für alle Altersgruppen zu bearbeiten – das gilt auch für die Verkehrsberuhigung sowie die Schaffung, den Erhalt und die Nutzung von Grünflächen und Naherholungsgebieten im Bezirk.

Um diesem rechtskreisübergreifenden und interdisziplinären Ansatz gerecht zu werden, braucht es eine genauso aufeinander bezogene politische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung. Dies ist aber regelmäßig nicht der Fall. In der Praxis wird die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune und die Ausgestaltung der dazugehörigen Schnittstellenarbeit mehrheitlich im Rahmen der Jugendhilfe verstanden. Dabei legt auch die 1999 erarbeitete Berliner Leitlinie für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt fest, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen zu berücksichtigen sind; dass der besondere Schutz des Kindeswohls und die Förderung von Kindern und Jugendlichen leitendes Prinzip für jegliches Verwaltungshandeln ist.

Obwohl die BVV selbst beschlossen hat, Pankow zu einer Kinderfreundlichen Kommune zu machen, befasst sie sich selbst zu wenig mit den dazugehörigen Herausforderungen und

Möglichkeiten. Letztlich wurden für die Umsetzung der Kinderfreundlichen Kommune weder personell noch finanziell ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Realisierung wesentlicher Ziele der Kinderfreundlichen Kommune ist dadurch stark gehindert bis gefährdet. Insbesondere aber in Zeiten der Politikverdrossenheit, muss der heranwachsenden Generation mit klaren Ergebnissen gespiegelt werden, dass ihr Recht auf Beteiligung nicht nur ein Recht auf ein einfaches Gehörtwerden ist, sondern ein Recht auf Selbstverwirklichung und Selbstermächtigung, das die Politik ernst nimmt, für das die Politik die Rahmenbedingungen setzt und dann auch entsprechende Ergebnisse produziert. Die Beschlussfassung zur Kinderfreundlichen Kommune 2019 war somit nicht das Ende der politischen Arbeit und Verantwortung der BVV bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Pankow, sondern ihr Anfang und vor allem eine Selbstverpflichtung.





**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

IX-1310

**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.12.2025    BVV

BVV/035/IX

**Betreff:        Keine Verschlimmbesserungen im Integrationsbüro**

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, auf Grund der geänderten Fachaufsicht für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ keine Stellenanteile aus dem Integrationsbüro zum Büro der Antisemitismusbeauftragten zu übertragen.

Berlin, den 02.12.2025

Einreicher:    Fraktion der SPD,  
                   Henrik Hornecker, Marc Lenkeit

Begründung siehe Rückseite

**siehe 2. Ausfertigung**

**Abstimmungsergebnis:**

\_\_\_\_\_ beschlossen  
 \_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
 \_\_\_\_\_ abgelehnt  
 \_\_\_\_\_ zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

\_\_\_\_\_ einstimmig  
 \_\_\_\_\_ mehrheitlich  
 \_\_\_\_\_ Ja-Stimmen  
 \_\_\_\_\_ Gegenstimmen  
 \_\_\_\_\_ Enthaltungen

federführend

\_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
 \_\_\_\_\_ mitberatend in den Ausschuss für  
 \_\_\_\_\_ sowie in den Ausschuss für

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

**Begründung:**

Das Integrationsbüro des Bezirks hat seit Jahren mit einer schwierigen Personalsituation zu kämpfen. Die Stelle der Integrationsbeauftragten war für ca. 1,5 Jahre unbesetzt und konnte erst Anfang des Jahres nachbesetzt werden. Die anfallende Arbeit kann von den Mitarbeiter/innen des Büros kaum bewältigt werden.

Als Maßnahme zur Entlastung des Integrationsbüros hat der Ausschuss für Integration und Partizipation angeregt, die Betreuung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aus dem Integrationsbüro abzugeben. Da das Bundesprogramm die Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft stärken soll, konnte der Ausschuss keine fachliche Begründung erkennen, warum speziell das Integrationsbüro, das sich auf die Arbeit mit Migrant/innen fokussieren sollen, die Fachaufsicht über dieses Projekt ausübt.

Diesem Anliegen des Ausschusses ist das Bezirksamt nachgekommen. Es steht nun allerdings im Raum, dass das Integrationsbüro nicht nur die Fachaufsicht, sondern auch Stellenanteile zur Betreuung des Projekts „Demokratie leben!“ ans Büro der Antisemitismusbeauftragten abgeben soll. Das wurde in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 1151-IX in auffälliger Weise nicht verneint.

Durch die Abgabe der Programmbetreuung ändern sich aber nicht Aufgabenspektrum oder Arbeitsumfang des Integrationsbüros. Es erfolgt nur eine Korrektur der fachlichen Zuständigkeiten. Ein Stellenübergang ist daher weder fachlich begründet noch sachgerecht.

Der Antrag fordert deshalb, keine Stellenanteile aus dem Integrationsbüro zu übertragen, um den Prozess zur Wiederherstellung eines Normalbetriebs im Integrationsbüro nicht zu konterkarieren.



**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

**2. Ausfertigung**  
**IX-1310**

**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Linksfraktion

Beratungsfolge:

10.12.2025    BVV

BVV/035/IX

**Betreff:        Keine Verschlimmbesserungen im Integrationsbüro**

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, auf Grund der geänderten Fachaufsicht für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ keine Stellenanteile aus dem Integrationsbüro zum Büro der Antisemitismusbeauftragten zu übertragen.

Berlin, den 11.12.2025

Einreicher:    Fraktion der SPD, Linksfraktion  
                   Fraktion der SPD: Henrik Hornecker, Marc Lenkeit  
                   Linksfraktion: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

**Abstimmungsergebnis:**

☒ beschlossen  
☐ beschlossen mit Änderung  
☐ abgelehnt  
☐ zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

<b>x</b>	einstimmig
	mehrheitlich
<b>47</b>	Ja-Stimmen
<b>0</b>	Gegenstimmen
<b>0</b>	Enthaltungen

☒ überwiesen in den Ausschuss für  
 mitberatend in den Ausschuss für  
 sowie in den Ausschuss für

Partizipation und Integration  
 Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung

federführend

**Begründung:**

Das Integrationsbüro des Bezirks hat seit Jahren mit einer schwierigen Personalsituation zu kämpfen. Die Stelle der Integrationsbeauftragten war für ca. 1,5 Jahre unbesetzt und konnte erst Anfang des Jahres nachbesetzt werden. Die anfallende Arbeit kann von den Mitarbeiter/innen des Büros kaum bewältigt werden.

Als Maßnahme zur Entlastung des Integrationsbüros hat der Ausschuss für Integration und Partizipation angeregt, die Betreuung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aus dem Integrationsbüro abzugeben. Da das Bundesprogramm die Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft stärken soll, konnte der Ausschuss keine fachliche Begründung erkennen, warum speziell das Integrationsbüro, das sich auf die Arbeit mit Migrant/innen fokussieren sollen, die Fachaufsicht über dieses Projekt ausübt.

Diesem Anliegen des Ausschusses ist das Bezirksamt nachgekommen. Es steht nun allerdings im Raum, dass das Integrationsbüro nicht nur die Fachaufsicht, sondern auch Stellenanteile zur Betreuung des Projekts „Demokratie leben!“ ans Büro der Antisemitismusbeauftragten abgeben soll. Das wurde in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 1151-IX in auffälliger Weise nicht verneint.

Durch die Abgabe der Programmbetreuung ändern sich aber nicht Aufgabenspektrum oder Arbeitsumfang des Integrationsbüros. Es erfolgt nur eine Korrektur der fachlichen Zuständigkeiten. Ein Stellenübergang ist daher weder fachlich begründet noch sachgerecht. Der Antrag fordert deshalb, keine Stellenanteile aus dem Integrationsbüro zu übertragen, um den Prozess zur Wiederherstellung eines Normalbetriebs im Integrationsbüro nicht zu konterkarieren.

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung am: 13.01.2026

Beginn: 17:15 Uhr

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
-------------------	--------------	-----------

**Behnke, Frank** - AfD -

---

**Bittner, Denise** - CDU -

---

**Ehrlich-Cypra, Carola** - Bü  
90/Grüne -

---

**Dr. Enge, Thomas** - FDP -

---

**Knebel, Sibylla Susanne** - CDU -

---

**Kühne, Susanne** - Linke -

---

**Lederer, Oskar** - Linke -

---

**N.N., AfD** - AfD -

---

**Rosensky, Ulrike** - SPD -

---

**Schmidt, Heike** - Bü 90/Grüne -

---

**Wettig, Hannah-Caroline** - Bü  
90/Grüne -

---

**Wölk, Stephanie** - SPD -

Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
------------------	--------------	-----------

**Ennen, Lea** - auf Antrag CDU -

---

**Gerstenberger, Heike** - auf Antrag  
Linke -

---

**Krieger, Sascha** - auf Antrag Bü  
90/Grüne -

stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
--------------------------	--------------	-----------

**Koschorek, Bettina** - auf Antrag CDU

-

---

**Pfaff, Christina** - auf Antrag Linke -

---

**Rabe, Kathleen** - auf Antrag Bü

---

# Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

## Anwesenheitsliste

**Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung** am: **13.01.2026**

Beginn: **17:15 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

90/Grüne -

BA-Mitglied	Unterschrift	Vertreter
-------------	--------------	-----------

**Dr. Koch**, Cordelia - Bü 90/Grüne -  
Bezirksbürgermeisterin

---

**Anwesenheitsliste**

**Ausschuss für Gleichstellung, Beteiligung und Wirtschaftsförderung** am: 13.01.2026

# **G Ä S T E L I S T E**
